Vom Mythos zur Mittelmäßigkeit: Berlin, eine Stadt auf der Suche nach dem nächsten großen Ding

100 Jahre lang von historischen Ausnahmesituationen geprägt, büßt Berlin nun seinen Nimbus einer außergewöhnlichen Metropole ein. Was passiert mit einer Großstadt, die nur groß ist?

Von Kai Müller, Tagesspiegel, 29.03.2026

Auf den Tischen eines Kreuzberger Lokals dampft Grünkohl in Schüsseln, Würste und Bauchspeck liegen im Saft, und in einer größeren Runde aus Wirtschaftsleuten, Lobbyisten, Politikern, Ärzten und Anwälten wird die Frage erörtert, für welches Großereignis sich Berlin stärker engagieren sollte: die Olympischen Spiele oder die Expo. Die Spiele wären toll, so die einhellige Meinung. Mit der Expo kann niemand so richtig etwas anfangen.

Die Expo ist für Städte, die etwas *werden wollen*. Die Spiele finden an Orten statt, die etwas Besonderes *sind*. Deshalb ist es keine Kleinigkeit, für welches der beiden Ziele man sich stark zu machen gedenkt. Geht es doch auch darum, entweder in einer Reihe mit Hannover, Saragossa, Yeosu und Astana zu stehen oder Tokio, Rio, London, Paris und Los Angeles ebenbürtig zu sein.

Einer aus dem Kreis gibt zu bedenken, dass Markus Söder in Bayern mit seiner Olympia-Bewerbung viel weiter sei. Das Votum der Bevölkerung müsse er anders als der Regierende Bürgermeister von Berlin nicht fürchten. Außerdem würde es sich CDU-Kanzler Friedrich Merz, vor die Entscheidung gestellt, eher mit Kai Wegner verscherzen als mit seinem Dauerrivalen von der CSU in München.

Wird es also wieder nichts mit dem großen Wurf? Bleibt Berlin stecken im Kleinklein versagender Basics irgendwo zwischen Mietnot, Verkehrschaos und mangelndem politischen Rückhalt?

Filmregisseur Wim Wenders beklagte jüngst im Tagesspiegel einen „krassen Mangel an Zukunft“ in Berlin. Die Stadt sei nicht mehr, was sie mal war, aber wisse nicht, was sie werden wolle. Ein Problem, das andere Städte nicht hätten.

„München ist immer noch München, Wien immer noch Wien, Paris immer noch Paris“, so Wenders weiter. „Aber bei uns klaffen Wunden, die nicht zugehen wollen. Da ist aus zwei grundverschiedenen Geschichten, Staatswesen, Denk- und Lebenseinstellungen nicht etwas Neues geworden, wie gedacht oder erhofft, sondern es sind zwei inkompatible Geschichtsbilder entstanden, denen ein Haufen ratloser Erzähler gegenübersteht.“

Damit trifft Wenders einen wunden Punkt. Berlin ist nicht mehr „unfertig“ in dem Sinne, in dem es früher als unvollendet galt, dazu verdammt, „immerfort zu werden und niemals zu sein“, wie das berühmte Bonmot des Kunstkritikers Karl Scheffler von 1910 lautet. Heute gibt es überall bloß lästige Baustellen.

Und als Berliner ist man keine historische Ausnahmeerscheinung mehr, wie es US-Präsident John F. Kennedy 1963 postuliert hatte, sondern eine Person unter 3,9 Millionen in einer gewöhnlichen „großen Stadt“. So hat der Publizist Jens Bisky sie in seiner Stadtbiografie genannt. Von Weltstadt bloß kein Wort mehr. Die Zeit, da sich das politische Personal für höhere Aufgaben auf Bundesebene empfahl, sind ebenfalls lange vorüber.

Was Berlin einst charmant und interessant machte, erweist sich mehr und mehr als schweres Erbe. Denn Städte entwickeln ihre Zukunft normalerweise aus dem, was sie ausmacht, derweil man in Berlin verzweifelt nach dem nächsten großen Ding, der nächsten Erzählung sucht, die der Stadt eine Perspektive geben würde. Dann eben Olympia. (Oder Expo.)

Hundert Jahre lang hat die Stadt sich herausgehoben gefühlt aus der Geschichte – auch „ausgeschlossen“ von ihr. Nach der Eingemeindung 1920 war mit Groß-Berlin ein Siedlungsgebiet im Superlativ entstanden. Nur Los Angeles war größer. AEG und Siemens prägten als Pioniere der Elektroindustrie das neue Metropolis. Es gab die prächtigsten Kaufhäuser (N. Israel, Wertheim, Tietz) und Zentralen aller großer Banken. Doch die „goldene“ Ära währte kurz.

1929 führte die starke Abhängigkeit von amerikanischen Krediten zum wirtschaftlichen Niedergang. Die reichsten der Reichen, Privatbanker, Spekulanten und Unternehmer traf es zuerst. „Es begann am Kurfürstendamm und in der Hardenbergstraße mit Wohnungen über zwölf

Zimmern“, wie es in einem zeitgenössischen Roman von Gabriele Tergit heißt. „Es war, als ob Cholera herrschte in den großen Wohnungen. Die Bewohner flohen. Rasend griff sie um sich. Waren es gestern noch die 14-Zimmer-Wohnungen, so waren es heute die 10 Zimmer, morgen schon die 8 Zimmer und übermorgen die 6 Zimmer.“

Die Wirtschaftskrise gipfelte in den neurotischen Großmacht-Fantasien der Nazis, die sich in Albert Speers Monumentalbild eines neu-römischen Germania architektonisch niederschlagen wollten. Die Folgen sind bekannt: Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, vollkommene Zerstörung, Teilung in zwei Halbstädte und schließlich die Wiedervereinigung mit den urbanen Freiräumen, die sich aus ihr ergaben.

Jeder dieser historischen Brüche hatte Ordnungsverluste zur Folge. Das hat die charmante, Berlin-typische Gleichung ergeben: Man erträgt die Zumutungen einer dysfunktionalen Stadt, um im Gegenzug in Ruhe sein eigenes Ding zu machen.

Doch mehr als 35 Jahre nach der letzten Zäsur ist die historische Rendite dieser Gleichung aufgebraucht. Eine Normalisierung ist eingetreten. Das hat einerseits mit Berlin selbst zu tun, aber auch mit dem Rest des Landes, der den Unangepassten, Quertreibern und Lebenskünstlern längst nicht mehr so triftige Gründe liefert, die eigene Heimat Richtung Berlin entfliehen zu müssen wie ehedem. Jetzt, denkt man, Hannover könnte auch ganz schön sein.

Hat die Stadt ihr legendäres Potenzial an Wandlungsfähigkeit ausgeschöpft?

Es gibt Einwände, allerdings keine vorteilhaften. Denn ganz so normal kann Hanno Hochmuth, Historiker am Leibniz-Institut für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF), Berlins Rolle immer noch nicht finden. Er sieht „Pfadabhängigkeiten“ fortwirken, die es in dieser Form nirgendwo sonst gebe. „In anderen Ländern hat die Geschichte nicht dazu geführt“, sagt Hochmuth im Gespräch, „dass Industrie und Finanzwesen sich anderswo als in der Hauptstadt konzentrieren.“ Nur in Deutschland sei das der Fall.

Tatsächlich war Berlin eines von drei wirtschaftlichen Zentren im Kaiserreich – neben dem Ruhrgebiet und Schlesien. Seine Ausmaße und seine Sozialstruktur entsprachen dem enormen Hunger von Industrie, Handel und nationalen Banken nach Arbeitskräften, Fachleuten und Investoren.

Zudem erhielt es große Zuwendungen aus dem preußischen Staatshaushalt. Nach 1945 verlagerte sich die ökonomische Potenz in andere Landesteile und Berlin, dieser Koloss, stand ohne ökonomisches Äquivalent seiner Größe da. „Den Effekt davon kann man gar nicht überschätzen", meint Hochmuth.

Während andere Hauptstädte eine weit überdurchschnittliche Kaufkraft entwickeln, herrscht in Berlin eine „hartnäckige Einkommensarmut", wie es ein Soziologe ausdrückt. Berliner verfügen über eine sogar im Bundesvergleich unterdurchschnittliche wirtschaftliche Potenz von 28.900 Euro pro Kopf (München: 41.400, Düsseldorf: 35.900, Frankfurt am Main: 33.000). Weil sie weniger gut verdienen, als sie es müssten, entsteht ein gefährliches Gefälle.

Denn während die Kaufkraft-Dynamik schwächer ist als anderswo, haben sich Stadttourismus und Immobilienmarkt normalisiert. Im Zuge der Finanzkrise 2007 bis 2009 machten sich ausländische Investoren die Ertragslücke zu nutze, die zwischen niedrigen Immobilienpreisen und hoher Nachfrage in Berlin bestand. Das Lebensmodell einer globalisierten Elite zog in der Stadt ein und steht nun quer zum Kiez-Provinzialismus, mit dem Berliner sich unter wachsendem Druck an ihre Wohlfühl-Inseln zu klammern versuchen.

Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es Kieze. Aber auch nirgends die Garantie, im Zentrum „imperialer Städte" zu leben, wenn man nicht zur Elite zählt. Imperial nennt der US-Journalist Mark Gimein im „New Yorker" jene Metropolen, in denen sich der globale Reichtum konzentriert und mit ihm die Möglichkeiten, die er eröffnet.

Mit Blick auf San Francisco, Seattle, Miami, Brooklyn und Washington D.C. schreibt er: „Je teurer sie werden, desto verschlossener werden sie für alle außer denen, die bereits über genügend Geld verfügen – was wiederum zu weiteren Preiserhöhungen führt. So werden imperiale Städte zu Quellen des Unmuts, sowohl bei den Bewohnern, die sie sich nicht mehr leisten können, als auch bei denen, die außerhalb leben und die Konzentration des Reichtums hauptsächlich auf ihren Fernsehbildschirmen wahrnehmen."

Obwohl Berlin dem Modell der Residenzstadt, in der sich Kapital, Know-how und Macht ballen, nicht vollends entspricht, begegnet man in Gesprächen immer demselben frustrierten Akkord aus zu teuren Wohnungen, vermüllten Straßen, unzuverlässigem Nahverkehr oder Bäckern, die über Nacht verschwinden, um durch eine Frappuccino-Filiale ersetzt zu werden. Das Gefühl, in

einer ausweglosen Mittelmäßigkeit festzusitzen, legt sich wie ein zweiter Grauschleier über die Stadt.

Das wirkt sich auf die Attraktivität aus. Nach einem Jahrzehnt des Schrumpfens (90er), des Stillstands (00er) und rasanten Bevölkerungswachstums (mit Raten von 1,2 bis 2 Prozent in den 10er Jahren), hat sich der Zuzug merklich abgeschwächt. In 2025 sind lediglich 16.500 Personen mehr in Berlin gemeldet gewesen als im Vorjahr, was einem Zuwachs von 0,4 Prozent entspricht. Seit 2020 hat er durchschnittlich 0,6 Prozent betragen. Für eine Stadt, die ihre stärksten Impulse der Zuwanderung und Integration verdankt, ist das ein alarmierendes Signal.

Die US-Ökonomen Peter Ganong und Danile Shoag haben diesen Trend vorausgesehen. Während große Städte bis in die Mitte der 90er Jahre überwiegend billigen Arbeitskräften ökonomische Möglichkeiten boten, ziehen sie mittlerweile überwiegend Fachkräfte mit hohem Einkommen an. „New York und Kalifornien waren immer Orte des wirtschaftlichen Aufstiegs“, schreibt Ganong. „Die Frage ist, ob diese Möglichkeit auch existiert, wenn man vorher eine Trillion Dollar aufbringen muss.“

Für 2035 wird für Berlin ein Fachkräftemangel von 54.700 Beschäftigten prognostiziert, da Menschen, die in Berlin eine Arbeit finden würden, sie mangels bezahlbaren Wohnraums nicht annehmen können. Die Pendlerzüge sind nicht mehr mit einkommensstarken Beschäftigten besetzt, die Eigenheime im Grünen besitzen, sondern mit Niedriglohnempfängern, Handwerkern, Minijobbern und Migranten, die sich ein Leben nur noch im entfernteren brandenburgischen Umland leisten können und lange Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen.

Im vergangenen Jahr wurden in Berlin erneut weniger Wohnungen fertiggestellt (14.000), als Menschen in die Stadt zogen und sich der Senat selbst als Ziel gesetzt hatte. Das führt zu einem gleichbleibend hohen Niveau bei den Angebotsmieten. Im Schnitt wenden Berliner etwa ein Drittel ihres Monatseinkommens für die Kaltmiete auf (13,11 Euro pro Quadratmeter, Stand Februar 2026). Das heißt, man muss mehr als eine Woche pro Monat allein fürs Wohnen arbeiten. Ein Drittel der Bevölkerung hat Probleme, die Miete zu bezahlen.

Die Folge ist, dass jede politische Debatte unter dem Vorbehalt der Lebensqualität geführt wird. Sei es Wohnungsnot, Tempelhofer Feld, Görlitzer Park, die A100 oder Olympia – stets werden Einbußen im Lebensgefühl angeführt, die den Nutzen nicht aufwiegen.

Berliner, so hat es den Anschein, wollen in ihrer Stadt eben vor allem *leben*. Leben statt sich totzuarbeiten. Leben statt gestresst zu sein. Leben um des guten Lebens willen. Leben, um ihr Ding zu machen. Und ehrlich: Wer kann es ihnen verübeln? Nach einem Jahrhundert dramatisch gescheiterter Utopien ist man nicht mehr sonderlich empfänglich für den Gedanken, dass es um etwas gehen könnte.

Andere Metropolen sind seit 1920 an Berlin „vorbeigeschossen" in ihrer Entwicklung, wie der Stadtforscher Benedikt Goebel im Deutschlandfunk sagte. Man sei „irgendwo [nach] ganz hinten durchgereicht unter den Metropolen dieser Welt, was ja auch ganz gemütlich ist".

Diese Gemütlichkeit hat einen Preis. Das Primat der Lebensqualität ist in Berlin so stark, dass selbst der Tourismus sich dem unterzuordnen hat. Obwohl eine der wichtigsten Einnahmequellen, soll er „stadtverträglich" gesteuert werden, die „Kieze stärken" und „Lebensqualität sichern", so die Zukunftsstrategie des Senats, die bei genauerem Hinsehen gar keine Tourismusstrategie ist, sondern dem Berliner verspricht, dass er vom Tourismus weitgehend verschont bleiben soll.

Kein Wunder, dass die internationale Sogwirkung unter solchen Vorzeichen schwindet. Der Tourismus verzeichnet eine rückläufige Tendenz. Hotels schließen, die Anzahl der Betten (ca. 144.000) ist rückläufig. Einkaufsmeilen wie Friedrichstraße, Wilmersdorfer Straße und Alexanderplatz verlieren an Glanz (wenn sie ihn denn je hatten). Und die „Zeit" fragt bereits besorgt: „Will denn niemand mehr nach Berlin?"

Es gehört zum guten Ton, sich mit einer gewissen ironischen Häme über das „verrückte" Berlin zu mokieren. Unterstellt wird, dass man an der Spree nur den Schlendrian mal in den Griff bekommen müsse, um sich auch wirtschaftlich zu sanieren. Dabei wächst die Bruttowertschöpfung (BIP) seit zehn Jahren mit durchschnittlich 2,7 Prozent mehr als doppelt so stark als auf Bundesebene.

Das Wachstum reicht allerdings nicht aus, um die Landesfinanzen ins Lot zu bringen. Berlin gibt 17 Prozent mehr aus, als es erwirtschaftet. Schon jetzt stellt die Pro-Kopf-Verschuldung von 18.200 Euro einen bundesweiten Spitzenwert dar. Hamburg, das 2023 noch dieselbe Verschuldungsquote wie Berlin verzeichnete, hat diese auf einem niedrigeren Niveau einfrieren können. In Berlin steigt sie jährlich um zwei bis drei Prozent.

Erdrückend wirken sich die stetig wachsenden Sozialausgaben aus. Ein Problem, das die Hauptstadt mit den meisten deutschen Kommunen teilt, beeinflussen kann sie es nicht. Die Bevölkerung bekommt das durch teils drastische Sparmaßnahmen des Senats sowie eine rückläufige Investitionsquote zu spüren. Darunter leidet auch die Lebensqualität.

Für den Stadt-Apologeten Edward Gleaser ("Triumph of the City") stellt Lebensqualität nur einen von zwei Erfolgsfaktoren dar. Der andere seien „skills", wie er es nennt, also die Herausbildung von innovativen Fähigkeiten. Diese nehmen mit der Bevölkerungsdichte zu, glaubt er, weil sie Folge von Konkurrenz und Kooperation seien. Nach seinen Berechnungen wachse die Produktivität einer Stadt pro Kopf um 15 Prozent, wenn sich ihre Bevölkerung verdopple.

Was Gleaser nicht erwähnt: Die Lebenshaltungskosten steigen gleichzeitig um 16 Prozent. Für die Bevölkerung geht Wachstum also mit einem Nettoverlust einher.

Wobei man sich an dieser Stelle durchaus fragen kann, was „die Stadt" eigentlich ist. Soziologen warnen vor einer urbanen Fiktion, die von statistische Erhebungen aufrechterhalten wird. Mit der Wirklichkeit der Einwohner hätten sie wenig zu tun. Eine 70-Jährige, die in Prenzlauer Berg wegen Eigenbedarfs aus der Wohnung geklagt werde, habe einen ganz anderen Blick auf Berlin, sagt Stadtforscher Mathias Bernt vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung, als ein schwuler britischer Student, der mit seinem PHD-Stipendium lieber in einer möblierten Berliner Wohnung lebt als im Londoner Großraum, für den sein Budget nicht ausreicht. In Clubs und Lokalen findet er genügend Leute, denen es geht wie ihm.

Deshalb, so Bernt, gebe es in der Forschung kein Maß dafür, wo eine Stadt in ihrer Entwicklung stehe. Einzelne Aspekte wie Lebensqualität, Mobilität, Immobilienmarkt könnten zwar abgefragt, aber nicht zu einem Ganzen zusammengefasst werden. Die Stadt sei, wie es von der Chicago School formuliert wurde, ein „Mosaik der Möglichkeiten". Welche Freiheiten sich daraus für den Einzelnen ergeben, lasse sich quantitativ nicht erfassen.

Im Umkehrschluss bedeutet urbane Heterogenität, dass eine vorteilhafte Entwicklung für eine Bevölkerungsgruppe zwangsläufig Nachteile für eine andere bringt. Deshalb lässt sich kein ökonomisches Szenario denken, von dem eine Stadt in Form einer Wachstumsrendite als solche profitiert. Es gewinnen immer nur Teile von ihr.

Das Stadtgefühl, um das dieser Text kreist, könnte also vielleicht nur eine von Urbanitäts-Romantikern wie Gleaser befeuerte Chimäre sein. Dennoch teilen viele Experten den Eindruck, dass Berlin sich mit denselben Fragen wie vor hundert Jahren herumschlägt. Der Kreis hat sich geschlossen. Wieder ist Berin eine übermäßig große Stadt, ohne eine Idee davon zu haben, was das bedeutet. An die Stelle der traditionellen Berlin-Verklärung (von „Spree-Athen“ und „märkisches Ninive“ über „Babylon“ und „Experimentierfeld der Moderne“ bis „Werkstatt der Einheit“) ist keine neue Projektion getreten.

Man hatte gedacht, dass das Zusammenwachsen von West und Ost ungeahnte Möglichkeiten eröffnen würde. Heute muss man einsehen, dass das eine Illusion war. Es gibt Stadtgebiete, die so schäbig sind und von radikalen Kräften bewusst in die Verwahrlosung getrieben werden, dass sie Züge eines *failed state* tragen. Eine auffallend sichtbare Obdachlosigkeit hat sich im Straßenbild ausgebreitet. Und oft reichen marginale Störungen aus (Rolltreppen), um weite Kreise zu ziehen.

Wehmütig denkt man an die Modernisierungsphasen zurück, die mit Namen wie James Hobrecht und Martin Wagner verbunden sind, zwei Stadtplanern, die das Antlitz Berlins ab 1862 und 1926 nachhaltig prägten**.** Es ging doch mal, die Stadt den Erfordernissen der Zeit anzupassen. Warum jetzt nicht?

Was den Berliner Mut zu Großprojekten angeht, scheint er sich an Stadtschloss (Humboldt-Forum) und Flughafen BER erschöpft zu haben. Wenn man schon nicht mehr „groß“ baut, sagt Harald Engler, vom Leibniz-Institut in Erkner, dann wenigstens „innovative, kleine Cluster, die sich auch mit Geldmangel umsetzen ließen“.

Wie könnten kleine, kluge Lösungen aussehen?

Das fragte sich auch William Jeakle, ein CNN-Manager und Comedy-Produzent, nachdem er Mark Gimeins deprimierende Diagnose (“Why the High Cost of Big-City Living Is Bad for Everyone“) gelesen hatte. Sein Rat: Die hohen Lebenskosten als Herausforderung annehmen, um voranzukommen. Denn sie würden „einen Großteil potenzieller Konkurrenten vertreiben“. Man selbst müsse nur die Regeln imperialer Städte anzuwenden lernen.

In etwa so: Nutze die Höflichkeit von Freunden und Familie aus. Nutze Cafés als Büro. Biete dich als Zwischennutzer von leerstehenden Gewerbeflächen an (Ladenwohnung). Werde Mitglied auf Probe in Clubs, um dir Reputation zu verschaffen, oder nutze Lounges an Bahnhöfen und

Flughäfen für Geschäftsmeetings. Man könnte dem Co-Living-Modelle hinzufügen, in denen Kosten reduziert werden, indem sich mehrere Mietparteien Bad, Küche und Gemeinschaftsraum teilen, oder Genossenschaftsprojekte, die soziale Qualitäten und geringe Finanzrisiken verbinden.

„Es gibt einen Grund, warum manche Orte teurer sind“, schreibt Jeakle in Anlehnung an Gleasers These vom urbanen Zivilisationspool. „Mit dem Einsatz wächst auch der Ertrag.“

In hiesigen Ohren klingt dieser amerikanische Do-it-yourself-Optimismus anmaßend. Aber ist er das? Wenn Fortschritt und Rückschritt sich in der Wahrnehmung der Stadtbewohner die Waage halten, lohnt es sich nicht, Kämpfe um die Vergangenheit zu führen. Randbebauung des Tempelhofer Feldes? Magnetschwebebahn? Baden in der Spree? Das hatten wir schon.

Auch Olympische Spiele in Berlin gab es bereits. Was trotzdem nicht gegen sie spricht, ist die Möglichkeit, sie auf Berliner Art zu einem speziellen Ereignis zu machen. Die offene Stadt würde ein Bild von sich selbst gewinnen. Als Volunteers, Helfer und Streckenposten könnten Berliner und Berlinerinnen es erzeugen. London und Paris hat das gut getan.

Es ginge um die Chance, sich offen zu zeigen in Zeiten, da sich Teile der Welt immer weiter verschließen und Berlin seine Kieze mental in *gated communities* verwandelt. Jedem der 10.500 Sportler (so viele waren es 2024 in Paris) müsste eine Familie zugelost werden, die eine Patenschaft übernähme. Nicht nur symbolisch. Berliner Haushalte wären für die Sportler da, sofern nötig. Nach deren Wettkampf würden sie einen Tag mit dieser Berlinern verbringen. Das würde die Isolation aufbrechen, den Olympischer Kommerz und Spitzensport umgeben.

Aber leider wird das wohl nichts. „Berlin schafft es nicht“, sagte Olympiasieger Christoph Harting beim Auftakt der NOlympia-Kampagne. Einer Civey-Umfrage zufolge sind 67 Prozent der Berliner gegen eine Olympia-Bewerbung. Sie sei zu teuer und komme ihnen nicht zugute, so die überwiegende Meinung. Diese Sorgen hat Markus Söder in München nicht. Was soll man da noch sagen?

Vielleicht, dass niemand von der Bedeutung eines John F. Kennedy je gesagt hat: Ich bin ein Münchner.